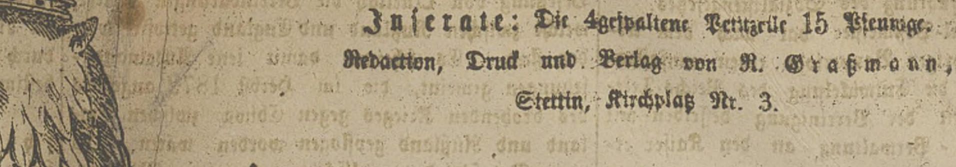
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 29. November 1878. Nr. 560.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Dezember für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 70 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten auf Verlangen den Anfang des Feuilletons „Zelle Nr. Sieben" nachgeliefert.

Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 28. November.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Hobrecht und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Verwendbarkeit der unter Nr. 6 im § 1 des Gesetzes vom 17. Juni 1874 für den Bau der Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrade nebst Zechenbahnen bewilligten Geldmittel und betreffend die anderweitige Fassung des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes.

Beide Vorlagen werden definitiv angenommen.

II. Fortsetzung der ersten Berathung des Staatshaushaltsetats pro 1879/80.

Erster Redner ist Abg. Dauzenberg: Der Abg. Richter hat meines Erachtens unter den gestrigen Rednern die wirkliche Lage unserer Finanzen richtiger gezeichnet, als der Abg. Lasker. Er hat die wirthschaftliche Politik hauptsächlich angeklagt. Ich meine, er hat die Sache zu sehr eingeengt, er hätte weiter greifen sollen, namentlich die ganze innere Politik der Staatsregierung damit belasten sollen (Sehr richtig! im Centrum); aber freilich, dann würde er damit seine eigene Partei belastet haben. Die Herren von der Fortschrittspartei mögen sich selbst einmal prüfen, ob sie in den letzten Jahren wirklich dahin gestrebt, wie sie in ihrem Programme betont, daß der Rechtsstaat zur vollen Durchführung gelange, daß Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen des Standes und der Partei zur Wahrheit werde. Wie hoch die einzelnen Herren das Defizit halten, darauf kommt es heute nicht an, es genügt, zu konstatiren, daß Alle darin übereinstimmen, daß überhaupt ein Defizit vorhanden ist. Das schon seit lange gefürchtete Defizit ist nun auch offiziell zur Anerkennung gelangt. Der neue Finanzminister hat durch seine Darlegung unserer Zustände auf mich keinen unangenehmen Eindruck gemacht, er ist offenbar bestrebt gewesen, die Lage möglich objektiv klar zu stellen. Man kann sagen, das Glück hat uns geblendet, der äußere Glanz hat den preußischen Staat zur Verschwendung hingerissen. Redner wirft der nationalliberalen Partei vor, daß sie die Regierung selbst dann noch zu immer neuen Ausgaben gedrängt, das Haus zu immer neuen Bewilligungen von Geldmitteln aufgemuntert habe, als die traurige wirthschaftliche Krisis ihre verheerende Wirkung bereits nach allen Seiten geäußert hatte. Dem gegenüber sei ihm diese Aufmunterung unverständlich geblieben. Eine Anleihe in Friedenszeiten aufzunehmen, wie sie jetzt gefordert werde, sei keine Hülfe, höchstens eine Aushülfe in der augenblicklichen Noth, diese Anleihe bringe keine Erlösung. Man müsse endlich Bedacht nehmen auf eine Herstellung des Gleichgewichts im Etat. Man müsse sich in den Ausgaben so einschränken, daß dieselben durch die Einnahmen gedeckt werden können; man solle nicht darauf Bedacht nehmen, die Einnahmen zu erhöhen, sondern darauf, die Ausgaben zu vermindern. Auch die Kommunen müssen endlich zu einer größeren Sparsamkeit greifen. Der gegenwärtige Zustand sei ein vollständig unhaltbarer und hindere die gesunde Entwickelung des kommunalen Lebens. Die Ursache liege in den vielen Anleihen: Geld war leicht zu bekommen, und man habe der Versuchung nicht widerstehen können, Anleihen zu machen. Der gegenwärtige Zustand sei überhaupt ein solcher, der Niemand befriedige. Er glaube, keine Partei im Hause sei mit der Lage zufrieden, vielleicht mit Ausnahme der Freiconservativen (Heiterkeit). Deshalb müsse endlich Wandel geschaffen werden. In Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Etats erklärt sich Redner für die Vorberathung des ganzen Etats in der Budgetcommission, da nur so eine gründliche Berathung möglich sei. Er schließt damit, daß die Zeit, die auf eine gründliche Prüfung des Etats verwendet wird, vom Lande als eine verlorene nicht angesehen werden wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rickert: Auf jeden Fall soll der Etat dieses Mal gründlich berathen werden, dazu ist aber nicht nöthig, den ganzen Etat in die Kommission zu verweisen. Die Reden der Centrumsmitglieder zum Kultusetat, die ja auch dieses Mal schwerlich ausbleiben werden — eignen sich besser für das Plenum als für die Kommission und wird den Herren aus dem Centrum auch erwünschter sein. Zur Berathung im Hause sind übrigens nur solche Etats gestellt, die fast gar nicht oder doch nur wenig verändert sind. Was den Justizetat anlangt, so können wir denselben nicht eher berathen, bis der Nachtragsetat vorliegt. Dann wird das Haus über die Berathung weiter entscheiden. Dem Vorredner erwidert der Redner, daß er ihm unrichtige Worte in den Mund gelegt habe. Gerade er (Redner) und v. Benda haben niemals gerufen: Frisch im Bewilligen!, umgekehrt, sie hatten stets zur Sparsamkeit gemahnt, er speziell habe den Finanzminister bedauert, als derselbe in Gold schwamm. Wenn die Selbstverwaltung im Rheinland vom Vorredner bemängelt werde, so mache er darauf aufmerksam, daß die Verwaltung des Rheinlandes dem Centrum näher stände, als die Liberalen (Widerspruch). Was den Etat im Ganzen anbetrifft, so findet auch dieser Redner nur ein Defizit von höchstens 30 Millionen in demselben. Redner wendet sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Finanz-Ministers und bekämpft dessen Grundsatz: Ausgaben für unproduktive Zwecke nur aus den laufenden Steuern zu decken. Dieser alte, sonst gute Grundsatz sei unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Bauten für das Justizministerium könne man unmöglich aus den laufenden Steuern decken, die müsse man auf die Anleihe nehmen. Die Rechnung des Abg. v. Zedlitz stimme gar nicht, kurzum, es sei höchstens ein Defizit von 30 Millionen vorhanden, und das sei durchaus nichts Ungewöhnliches für Preußen. Von 1848 bis hinauf in die 50er Jahre war regelmäßig ein Defizit von 7—16 Millionen vorhanden, die durch Zuschläge zu den Staatssteuern und besondere Einnahmen gedeckt wurden. Uebrigens sei das gegenwärtige Defizit vollkommen erklärlich. Das Reich habe zu wenige Einnahmen, daraus erwachsen die Schwankungen in den Matrikularbeiträgen und die feste Skala der direkten Steuern. Mit solchem Etat sei rationell nicht zu wirthschaften. Der Redner widmet sodann dem früheren Finanzminister Camphausen sehr warme Worte der Anerkennung, gerade mit vollen Kassen zu wirthschaften und nicht den Kopf zu verlieren, stets ehrlich, fest, konsequent zu bleiben, das sei anzuerkennen. Was Alles wurde nicht unter dem früheren Finanzminister geleistet! Bedenke man doch, daß die Aufbesserung der Beamtengehälter allein 30—40 Millionen gekostet, daß der Kultus- und Unterrichtsetat allein im Ordinarium von 18 auf 48 Millionen Mark gestiegen, daß 415 Millionen Mark Schulden getilgt worden. Leider ständen dieser Schuldentilgung 900 Millionen Kredite für Eisenbahnbauten gegenüber, eine Thatsache, die nicht genug beklagt werden könne. Sei ja doch die ganze gegenwärtige Eisenbahnpolitik die alleinige Schuld an der bestehenden Finanzkalamität. Wir haben zu rasch und zu viel gebaut, die Kilometerzahl hat sich verdoppelt, ist auf über 6000 gestiegen. Die 1480 Millionen Mark, die wir im Eisenbahnwesen stecken haben, sind von 6 auf $3^1/_2$ Prozent Rente gefallen; 15—20 Millionen Mark muß der Steuerzahler in diesem Jahre zulegen, damit in manchen Gegenden auf Staatsbahnen billiger gefahren wird. Leider geht es anderen Staaten ebenso. Würtemberg habe ein Defizit von $3^1/_2$ Millionen und Sachsen ebenso. Es sei hohe Zeit, daß wir auf diesem Gebiete endlich Ruhe bekommen. Die Eisenbahnen, welche gegenwärtig noch gebaut werden, dürfen nicht mehr mit solchem großen Apparat angelegt werden, nicht mit so riesigem Beamtenpersonal arbeiten. Redner verlangt Rückkehr in die alten Zustände, speziell Beachtung der Sekundärbahnen. Der Spott der Witzblätter dürfe nicht abhalten, zwei Meilen in der Stunde zu fahren, eine Gegend, die keinen Verkehr habe, brauche keinen Anspruch auf Kourierzüge zu erheben. Im Großen und Ganzen dürfte die Budgetkommission wenig an dem Etat zu ändern haben. Aber in Bezug auf die Verwaltung werde die Kommission ebenso wie in Bezug auf die Bauten Klarheit in den Etat zu bringen haben. Redner weist den Vorwurf zurück, der in Bezug auf die Kostspieligkeit der Selbstverwaltung erhoben worden. Wenn man die nationalliberale Partei dafür verantwortlich mache, so sei das vollständig unzutreffend, denn diese habe gar keinen Einfluß darauf gehabt. Die Budgetkommission werde sich aber die theuren Bahnhofsbauten, die kostspieligen Amtswohnungen anzusehen haben. Endlich kommt Redner auf die Stellung des Finanzministers, der ein Veto gegen das gesammte Staatsministerium, einen überwiegenden Einfluß im Reiche haben müsse. Es scheine, daß der preußische Finanzminister gar keinen Einfluß im Reiche habe, sonst würde er wohl von den Steuerprojekten des Reiches etwas verwerthet haben. Zum Schluß kommt der Redner zu dem Kapitel „Steuerreform". Was die Regierung beabsichtige, wisse gegenwärtig Niemand mehr. Der Finanzminister solle erst gefunden werden, der plötzlich 300 Mill. neue Steuern schafft. Was den bekannten Artikel der „Prov.-Corr." anlangt: „Ziele und Wünsche der Regierung", so werde derselbe schwerlich die Autorität der Staatsregierung gestärkt haben. Der Finanzminister sollte nun das offizielle Programm der Staatsregierung klar legen. Wer eigentlich habe Recht? Wem solle das Volk glauben? Sei der offiziell verbreitete Artikel der „Prov.-Corr." wahr oder nicht? Wer werde die Versprechungen einlösen? Uebrigens sei auch die knappe Steuerreform, die der Finanzminister im Hause kundgegeben, undurchführbar und führe durchaus keine Steuer-Erleichterung weder für die Kommunen, noch viel weniger für die Einzelnen herbei. Was die Beseitigung der Matrikularbeiträge anlange, so sei damit das parlamentarische Einnahmebewilligungsrecht genommen, das Ausgabebewilligungsrecht nehme Herr Dr. Gneist, wo bleibe denn das Recht des Landes? (Heiterkeit.) Hoffentlich werde der gegenwärtige Finanzminister die Worte des Herrn Camphausen beherzigen, daß ein Parlament, das sein verfassungsmäßiges Recht wahren wolle, nicht ganz auf die Matrikularbeiträge verzichten könne. Das Parlament müsse die Hand auf den Beutel legen können, nicht der Regierung im Voraus auf viele Jahre hinaus bewilligen. Im Namen seiner politischen Freunde erklärt Redner die Bereitwilligkeit, mitzuwirken, um endlich zu fertigen Zuständen zu kommen, zum Segen der Industrie. (Lebhafter Beifall.)

Finanz-Minister Hobrecht: Dem Herrn Vorredner möchte ich zunächst auf denjenigen Vorwurf antworten, der sich auf meine frühere Erklärung zu den außerordentlichen und einmaligen Ausgaben bezieht. Ich habe angeführt, daß ich es für Pflicht einer jeden Finanz-Verwaltung halte, den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß Anleihen in der Regel nur aufgenommen werden dürfen zu solchen Ausgaben, die eine Verzinsung und Amortisation in Aussicht stellen; daß dagegen solche Unternehmungen, die fast alljährlich wiederkehren, aus den regelmäßigen Einnahmen des Staats gedeckt werden müssen. Zwischen diesen bleibt ja noch eine große Zahl solcher Ausgaben, von denen man allerdings nicht sagen kann, daß sie alle Jahre wiederkehren. Ich gebe deshalb auch zu, daß namentlich die Ausgaben für die Justizverwaltung durch eine Anleihe gedeckt werden können. Der Vorredner hat sodann gesagt, ich hätte die „Prov.-Corresp." desavouirt. Das ist nicht richtig. Ich habe nur behauptet, daß der Abg. Richter aus einzelnen Auslassungen der „Prov.-Corr." und Zeitungsnotizen Folgerungen gezogen habe, die ich nicht für richtig halte und aus denen Ansprüche des Reiches hergeleitet würden, die ich als unrichtig bezeichnen mußte. Jener Artikel der „Prov.-Corr." hatte einfach den Charakter der Richtigstellung, der Aufklärung. Er sollte keine falschen Hoffnungen erwecken. Vielleicht hat er einige Zweifel angeregt in einer Zeit, wo es vielleicht besser gewesen wäre, diese Fragen nicht zur Erörterung zu bringen. Was die Steuerreform anlangt, so ist eine vollständige Erfüllung dieser Forderung nicht möglich durch die Vorlegung detaillirter Gesetzentwürfe. Einen Steuerplan hier vorzulegen, halte ich nicht für fruchtbar, doch werde ich mich der Erörterung einzelner Fragen keineswegs entziehen, wenn sie zur Diskussion gestellt werden sollten. Ich meinerseits habe mich indeß für Aeußerungen zu hüten, die Erwartungen hervorrufen konnten, die unerfüllt bleiben müßten. Eine solche Methode würde auch nur wenig Effekt machen.

Abg. Freiherr v. Minnigerode findet, daß nur der Abg. Rickert die Frage berührt habe, wie man sparen könne, ob nicht zu viel Beamten vorhanden seien ꝛc. Er glaube zwar nicht, daß solche Ersparnisse möglich, ob der Regierungsapparat zu vereinfachen sei. Herr Lasker habe von einem „sogenannten" Defizit gesprochen. Das Wort „sogenannt" sei sehr dehnbar. Ein Defizit sei da, also sei es ein sogenanntes (Heiterkeit). Wenn Herr Rickert die fehlende Summe auf nur 30 Millionen berechnet, so geschehe das doch nur au sehr künstlichem Wege. Der Prüfung des Etats werde sich auch seine Fraktion eifrig unterziehen. Wenn man die alte preußische Finanzpolitik lobend hervorhebe, so vergesse man nicht, daß diese Politik stets eine reservirte gewesen und zu diesen bewährten Grundsätzen müsse man wieder zurückkehren. Der Redner geht sodann auf die Verhandlungen im Reichstage ein. Er behauptet, der Reichstag sei an diesem Defizit Schuld, weil er die Matrikularbeiträge festhalte, und das Abgeordnetenhaus sei auch daran Schuld, denn dieses habe Steuererleichterungen gefordert und nun komme das Defizit. Redner erklärt sich mit dem Staatseisenbahnprojekt vollkommen einverstanden, man dürfe Verkehrsinteressen nicht in der Hand der Spekulation lassen. Mit Berlin-Dresden und Halle-Guben sei nicht der Beweis zu führen, daß das ganze System verwerflich sei. Zum Schluß nimmt Redner die Regierung gegen den Vorwurf in Schutz, als habe diese etwas versäumt. Er habe stets gewarnt, man solle nicht die Reserven aufzehren, da wurde er aber von den Nationalliberalen belehrt, von der Fortschrittspartei gar verlacht. Unsere ganze gegenwärtige Finanzlage sei nichts weiter als das Resultat der liberalen Wirthschaftspolitik (Widerspruch).

Reg.-Comm. Geh. Oberfinanzrath Scholz nimmt die Finanzverwaltung gegen den Vorwurf in Schutz, als ob sie bei Aufstellung des Etats tendenziös verfahren sei. Auch der Geist des Konsolidationsgesetzes sei angegriffen; nach dem geltenden Recht müsse man jährlich 12 Millionen Schulden tilgen, wolle man dies nicht, dann müsse man die Gesetzgebung ändern. Der Commissar erinnert sodann daran, daß die Staatsregierung im vorigen Jahre für die außerordentlichen Bedürfnisse ein Anleihegesetz vorgelegt hatte. Das Haus sei aber auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, habe vielmehr die Summe in den Etat gesetzt. Man habe daher kein Recht zum Tadel, wenn man diese Positionen wieder in dem Etat vorfände. Was die Höhe des Defizits anbetrifft, so weist Redner die Ansicht des Herrn v. Zedlitz zurück, als sei schon im Ordinarium ein Defizit vorhanden. Allerdings seien auch im Ordinarium Beschränkungen eingetreten. Die Regierung habe sich manches Nützliche versagen müssen, sonst wäre das Deficit noch größer geworden. Was die noch laufenden bezw. noch zu realisirenden Credite anbetrifft, so beziffert der Commissar diese auf den Betrag von 193,450,775 Mark. Weiter giebt er eine Uebersicht über die Einnahmen der ersten 7 Monate des laufenden Etatsjahres, welche den Betrag von 140,689,270 Mark in den Betriebsverwaltungen Ueberschuß ergebe, d. h. 5,494,493 Mark weniger Einnahme als im Vorjahre. Schuld hieran trage vorzugsweise die Forst- und Bergwerks-Verwaltung, die erstere habe eine Minder-Einnahme von 2,931,059 M., die letztere eine Minder-Einnahme von 5,975,900 M. Was die Eisenbahn-Verwaltung anlange, so habe sich diese selbst erhalten, sie ergebe einen Ueberschuß von 6,000,000 M. und verzinse das Kapital auf 4 und 5 pCt. Endlich beziffert Redner die aus der französischen Kriegs-Entschädigung auf Preußen entfallende Quote auf 345,590,193 M.

Die Diskussion wird geschlossen und bei der Abstimmung der Antrag Rickert auf Verweisung des Extraordinariums, sowie einzelner Theile des Ordinariums in die Budget-Kommission angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Zwei kleinere Gesetzes-Vorlagen und zweite Berathung des Etats.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 28. November. Der heutigen Sitzung des Bundesraths wird eine gewisse Wich-

tigkeit beigelegt. Auf der Tagesordnung steht nämlich u. A. ein schleuniger Antrag Preußens in Bezug auf die Ausführung des Sozialistengesetzes.

Der General-Postmeister hat nach dem Abschluß der diesjährigen Bauperiode einen umfassenden Bericht über die Entwickelung des Reichs-Telegraphenwesens seit der Vereinigung desselben mit der Reichs-Post-Verwaltung an den Kaiser erstattet.

Bei den vorjährigen Verhandlungen über die Kommunalsteuer-Vorlage war die Ueberzeugung zu Tage getreten, daß zu einer gründlichen Erörterung des Gegenstandes eine Uebersicht über die sämmtlichen Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden erforderlich sei; während in den bisher aufgestellten Uebersichten nur die Mittel berücksichtigt waren, welche aus den Gemeindeabgaben fließen. Wie seiner Zeit von mir gemeldet, hat sich bei der in Folge dessen angestellten Ermittelung zunächst ergeben, daß die Aufstellung einer vollständigen Statistik des Gemeindefinanzwesens nur für die Stadtgemeinden und einzelne größere Landgemeinden möglich ist, daß dagegen für die Mehrzahl der Landgemeinden und Gutsbezirke die Materialien nicht beschafft werden können. Zur Aufstellung der betreffenden Statistik zunächst für die Städte war eine dahin zielende Erhebung Seitens des Ministers des Innern im Januar d. J. für alle Gemeinden von mehr als 10,000 Seelen angeordnet worden. Die Resultate dieser Erhebungen sind in den Beiträgen zur Finanz-Statistik der Gemeinden in Preußen niedergelegt, welche der Geheimrath Herfurth im Ministerium des Innern in der Zeitschrift des statistischen Bureaus und jetzt auch in einem Separatabdruck veröffentlicht hat.

Bekanntlich hat das Erforderniß tüchtiger Lehrer der französischen und englischen Sprache an den höheren Schulen im Jahre 1860 die Errichtung eines Instituts zur Ausbildung von Lehrern der neueren Sprachen veranlaßt. Damals fehlte noch an der Berliner und den anderen preußischen Universitäten eine Vertretung des wissenschaftlichen Studiums der französischen und englischen Sprache. Das genannte, bis vor Kurzem unter der Leitung des Professors Herrig stehende Institut hat daher eine Reihe von Jahren hindurch, neben der didaktischen Anleitung, den wissenschaftlichen Erörterungen einen erheblichen Raum gewährt. Nachdem durch Errichtung der Professuren für die modernen Sprachen an den Universitäten und der entsprechenden Seminare den Studirenden die Möglichkeit verschafft ist, die wissenschaftliche Grundlage ihres Studiums auf den Universitäten sich anzueignen, wird das Institut zur Ausbildung von Lehrern der neueren Sprachen in die Lage gesetzt, seinen praktischen Zweck vollständig zu verfolgen.

Berlin, 28. November. Unter den täglichen Bekanntmachungen, welche der „Reichsanzeiger" auf Grund des Sozialistengesetzes bringt, und durch welche Vereine und Schriften verboten werden, befindet sich in der gestrigen Nummer des gedachten Blattes der überraschende Beschluß des preußischen Staatsministeriums, wonach von heute früh ab der sogenannte kleine Belagerungszustand über die Stadt Berlin und die Kreise Teltow, Nieder-Barnim und Osthavelland verhängt wird. Die Verfügung, welche vom gesammten Staatsministerium mit Ausnahme des Fürsten Bismarck unterzeichnet ist, lautet:

Auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober d. J. (Reichs-Gesetzblatt Seite 351) wird mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer Eines Jahres angeordnet was folgt:

§ 1. Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, kann der Aufenthalt in dem die Stadt Berlin, die Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam und die Kreise Teltow, Nieder-Barnim und Ost-Havelland umfassenden Bezirke für den ganzen Umfang desselben von der Landespolizei-Behörde versagt werden.

§ 2. In der Stadt Berlin und den Stadtkreisen Charlottenburg und Potsdam sind das Tragen von Stoß-, Hieb- oder Schußwaffen, sowie der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Sprenggeschossen, soweit es sich nicht um Munition des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine handelt, verboten.

Von letzterem Verbote werden Gewehrpatronen nicht betroffen.

Ausnahmen von dem Verbote des Waffentragens finden statt:

1) für Personen, welche kraft ihres Amtes oder Berufes zur Führung von Waffen berechtigt sind, in Betreff der letzteren;
2) für die Mitglieder von Vereinen, welchen die Befugniß, Waffen zu tragen, beiwohnt, in dem Umfange dieser Befugniß;
3) für Personen, welche sich im Besitze eines Jagdscheines befinden, in Betreff der zur Ausübung der Jagd dienenden Waffen;
4) für Personen, welche einen für sie ausgestellten Waffenschein bei sich führen, in Betreff der in demselben bezeichneten Waffen.

Ueber die Ertheilung des Waffenscheines befindet die Landespolizeibehörde. Er wird von derselben kosten- und stempelfrei ausgestellt und kann zu jeder Zeit wieder entzogen werden.

§. 3. Vorstehende Anordnungen treten mit dem 29. November d. J. in Kraft.

Berlin, den 28. November 1878.

Königliches Staats-Ministerium.

Berlin, 28. November. Etwas bedrohliche Nachrichten liegen heute von Rußland her vor. Die Depesche der „Nat.-Ztg." aus Wien läßt annehmen, daß Graf Schuwalow in London allerdings recht ernsthafte und nicht ganz friedliche Worte zu äußern beauftragt sei. Es tritt der Vorwurf Rußlands gegen England auf, dasselbe habe durch die Besetzung von Quettah die Vereinbarungen verletzt, welche zwischen Rußland und England getroffen worden sind. Es scheinen damit jene Auseinandersetzungen gemeint, die im Herbst 1872 angesichts des drohenden Krieges gegen Chiwa zwischen England und Rußland gepflogen worden waren. In einer Depesche des englischen auswärtigen Ministers, des Earl Granville, an Lord Loftus, Botschafter in St. Petersburg, vom 17. Oktober 1872, mit deren Inhalt sich Fürst Gortschakow einverstanden erklärte, sprach sich England dahin aus, die im Einzelnen angegebenen Grenzen von Afghanistan als dem Emir von Kabul gehörige Gebiete umfassend, anzuerkennen. Die rechtliche Konsequenz dieser Depeschen ist nun zwar nicht sehr klar, namentlich erkennt man nicht, ob die Anerkennung der Grenzen Afghanistans zugleich eine Anerkennung der Unantastbarkeit, eine Art von Neutralität dieses Gebietes einschließe, noch auch kann man, genau genommen, von einer förmlichen Konvention reden. Aber von dem Wortlaut abgesehen, ist seither diese Vereinbarung in solchem Sinne allgemein allerdings aufgefaßt worden. Es wurde diese Auffassung auch von den Betheiligten gebilligt; wenn jetzt ein Streit entsteht, kann diese Auffassung wohl zum Argument werden. Aber es liegt eine förmliche Neutralitäts-Erklärung vor, und vorauszusehen ist, daß dem russischen Vorwurf, England habe die Grenze Afghanistans verletzt, der englische Vorwurf entgegentreten werde, Rußland habe die Pflicht der Nichteinmischung zuerst verletzt durch die Beziehungen zum Emir.

Wie rasch die Leidenschaftlichkeit mit dem Brechen bei der Hand ist, zeigt wieder einmal ein Urtheil und Schlußfolgerung, die „Morn. Post" an eine in unserer Morgenausgabe vom 23. November enthaltene Zuschrift über die Lage in Mittelasien anknüpft. Das englische Blatt schließt: „Bei der augenblicklichen Laune des Landes würde jede Regierung, welche in centralasiatischen Angelegenheiten mit Rußland paktirte, der Entrüstung und Verachtung der Nation verfallen."

Wenn es wirklich so stände, dann stände es sehr schlimm mit dem Frieden. Paktiren aber wird man in London mit Rußland über mittelasiatische Dinge ohne Zweifel noch recht gern, nur scheint es, als ob man sachlich immer mehr auseinandergehe, statt sich zu nähern. Und merkwürdiger Weise droht der Petersburger Korrespondent der „P. C." mit einem Kriege wegen Afghanistan, während gerade heute der „Golos" meint, mit Afghanistan habe es keine Noth, aber in der Türkei müsse dem gegenwärtigen Zustande ein Ende gemacht werden, wo nöthig mit Erneuerung des Krieges. Unter dem „Ende" meint der „Golos" die Ausführung des Berliner Friedens wenigstens programmmäßig. Aber die abgeschossene Kugel weiß ihr Ziel nicht. Wird es Graf Schuwalow nochmals wie vor 6 Jahren gelingen, den Frieden zu erhalten?

Provinzielles.

Stettin, 29. November. Der Stellmachermeister Karl Ludwig Wollschläger schloß am 31. August 1877 mit dem pommerschen Pionier-Bataillon Nr. 2 einen Kontrakt zur Lieferung von 113 Belagsbrettern à 5,50 Mark ab. Er lieferte aber nur 100 Bretter, von denen aber nur 80 nach Vorschrift waren, während die fehlenden 13 Bretter durch den Sergeant Reinsch, welcher damals dem Brückentrain des Pionier-Bataillons vorstand, aus den alten Beständen des Bataillons entnommen wurden. Reinsch wurde deshalb s. Z. vom hiesigen Militärgericht zu 5 Wochen Gefängniß verurtheilt, während Wollschläger heute vor der Kriminal-Deputation wegen Beihülfe zum versuchten Betruge angeklagt war und zu 1 Woche Gefängniß und 100 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde.

Der Schuhmacherlehrling Alfred Otto Minohr, welcher am 20. November seinen Vater mit einem Messer einen Stich in den linken Oberarm versetzte, wird deshalb zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Dem Steinmetzmeister Fleischer wurde gestern Nachmittag von seinem Lagerplatz Mühlenstraße 33, welchen er auf kurze Zeit verlassen hatte, ein dunkelblauer Ueberzieher gestohlen.

— Der Arbeiter Albert Ladwig aus Grabow wurde in der Nacht vom 28.—29. auf der Grabowerstraße von dem Wächter mit angeschwärztem Gesicht und einem Infanteriehelm auf dem Kopfe angetroffen. Da sich Ladwig über den Erwerb des Helms nicht ausweisen konnte, wurde er wegen Verdachts des Diebstahls verhaftet. Der Helm kann von dem rechtmäßigen Besitzer auf der Polizei-Direktion in Empfang genommen werden.

— Vom 1. December cr. ab werden auf der vorpommerschen Bahn zwischen Züssow und Buddenhagen und zwar bei Wärterbude Nr 4 in der Nähe von Zarnekow, ferner bei Wärterbude Nr. 12 zwischen Buddenhagen und Wolgast versuchsweise und nach Bedürfniß die Züge halten, um Passagiere abzusetzen und aufzunehmen.

— Ein Gläubiger, welcher, nach erlangter Kenntniß von der Zahlungseinstellung, zu seiner Begünstigung und zum Nachtheil der übrigen Gläubiger einen besonderen Vertrag mit dem Gemeinschuldner oder dessen Erben eingeht, wird nach §. 309 der preußischen Konkursordnung mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft; auch kann gegen denselben zugleich auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Ober-Tribunal durch Erkenntniß vom 31. Oktober d. J. ausgesprochen, daß ein jedes Rechtsgeschäft, durch welches die Befriedigung des Gläubigers in einer nicht schon durch das ursprüngliche Forderungsverhältniß festgestellten Weise vermittelt wird, als ein besonderer Vertrag sich darstellt, und daß insbesondere auch die Hingabe an Zahlungsstatt, welche an die Stelle der Baarzahlung die Befriedigung durch Uebergabe einer Sache setzt, unter die Strafbestimmung des §. 309 der Konkursordnung fällt.

— Am 1. December cr. vollendet die Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck, die älteste auf Actien gegründete Lebensversicherungs-Gesellschaft in Deutschland, das 50. Jahr ihrer Geschäftsthätigkeit. Während gegenwärtig die Versicherung des Lebens mehr und mehr als wirthschaftliche Nothwendigkeit angesehen zu werden beginnt, war die Lebensversicherung vor 50 Jahren in unserem Vaterlande fast noch völlig unbekannt; nur allmählich und unter steten Kämpfen gegen die Gleichgültigkeit und Kurzsichtigkeit der Bevölkerung unsres damals in 38 Staaten und, in Folge der Zollgesetzgebung, fast in ebensoviel gesonderte Wirthschaftsgruppen zerfallenden deutschen Vaterlandes konnte sich dieselbe zur Anerkennung hindurchringen. Das Wachsthum der in jener Zeit entstandenen Lebensversicherungsinstitute fand daher in weit bescheidenerem Umfange statt, als wir es bei jüngeren Gründungen zu beobachten gewohnt sind. — Die Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck hatte am Schlusse des Jahres 1877 einen Bestand von 37,797 Personen mit 112,575,019,34 Mk. Versicherungssumme. Seit ihrem Bestehen hat die Anstalt bis zu diesem Zeitpunkte in 9973 Sterbefällen 29,682,450 Mk. Versicherungssumme zur Auszahlung gebracht und hat sich durch eine solide aber zugleich coulante Geschäftsleitung und offene Rechnungslegung das Vertrauen ihrer Versicherten und des Publikums zu gewinnen und zu erhalten vermocht. — Die Versicherten dieser Anstalt nehmen an dem Geschäftsgewinne Theil, und zwar werden 75 pCt. desselben alle 4 Jahre als Dividende bezw. Gewinnantheil zur Vertheilung gebracht. Dagegen sind die Versicherten in keiner Weise verpflichtet, zu den etwa sich ergebenden Verlusten beizutragen. Die Anstalt vereinigt dadurch die Vorzüge der Gegenseitigkeitsanstalten mit denen der Actiengesellschaften. Das von der Gesellschaft seit 1872 angenommene System der Gewinnvertheilung, welche im Wesentlichen nach dem Verhältnisse der Reserven stattfindet, hat überdies den Vorzug, daß mit dem Alter des Versicherten, wo die Erwerbsfähigkeit nicht mehr in gleichem Grade, wie in jüngeren Jahren vorhanden ist, während die wirthschaftlichen Ausgaben in der Regel große Steigerungen erfahren haben, durch den allmählich wachsenden Gewinnantheil eine erhebliche Abminderung der ohnedies zu den billigsten zählenden Prämienbeiträgen stattfindet. — Die angesammelten Fonds der Gesellschaft betrugen Ende 1877 über 21 Millionen Mark; die Sicherheit ist daher eine völlig unzweifelhafte und kann sie daher nach allen Richtungen denen, welche ihr Leben versichern wollen, bestens empfohlen werden.

Naugard, 28. November. In der Nacht zum 27. d. Mts. wurde in Kerstenwalde bei dem Gutsbesitzer Vogt ein Einbruch verübt und mittelst einer Forke das Cylinderbureau demolirt. Die Spuren der Thäterschaft deuten auf einen Tags zuvor entlassenen Knecht hin, der noch heute Vormittag hier gesehen worden, der sich aber, als er merkte, daß man auf ihn vigilire, schleunigst aus dem Staube gemacht hat.

Eldena, 28. November. Einen traurigen Verlust hat unsere Landwirthschaftsschule in diesen Tagen beklagen müssen. Der Schüler Walther von Eickstädt, einziger Sohn des Baron von Eickstädt auf Coblenz bei Pasewalk, ein hoffnungsvoller, bei Lehrern und Mitschülern gleich beliebter Jüngling von 17 Jahren, ist ganz plötzlich am vorigen Sonnabend Nachmittag, nachdem er Vormittags noch am Unterricht Theil genommen hatte, am Lungenschlage verstorben. Die unglücklichen Eltern, welche telegraphisch herbeigerufen wurden, trafen ihren Sohn, ihr einziges Kind, schon nicht mehr lebend an. Sie konnten nur die Leiche mit sich nehmen. Lehrer und Schüler der Landwirthschaftsschule gaben derselben bis zum Bahnhof Greifswald das letzte Geleit, nachdem vorher in der Schule und im Trauerhause mit Gesang und Gebet die Leichenfeier begangen worden war.

Vermischtes.

— Die „Pommerania" ist nicht das einzige Opfer gewesen, welches das Meer in diesen nebeligen Spätherbsttagen gefordert hat. Der Dampfer „Armstrong" von Newcastle, der sich mit einer Kohlenladung nach London begab, ist mit Mann und Maus während der letzten Stürme spurlos verschwunden.

— Der letzte Kourier aus Mexiko hat die Nachricht von einem unerhörten Attentat gebracht, dem eine sehr große Anzahl von Protestanten in der Ortschaft Atzala (Staat Puebla) zum Opfer gefallen ist. Die Wiedererwählung eines Protestanten, des Herrn Trinidad Certes, zum Alkalden von Atzala hatte die Katholiken dieses Ortes und die Nachbarschaft wüthend gemacht. Eine Gruppe von Fanatikern hatte sich bei Herrn Soza versammelt, aber es erschien die bewaffnete Macht und führte Viele ins Gefängniß. Nun ergriffen alle Katholiken die Waffen, befreiten die Gefangenen und begannen die Metzeleien. Mehr als 200 mit Hacken, Dolchen und Gewehren bewehrte Menschen stürzten mit dem Rufe: „Es lebe die Religion! Tod den Protestanten!" auf das Stadthaus zu. Der Alkalde und die Munizipalräthe waren die ersten Opfer; ihre Leichen wurden in tausend Stücke zerrissen. Die Mörder theilten sich jetzt in mehrere Banden, plünderten die Häuser der Protestanten und massakrirten Alles, was nicht entfliehen konnte. Der Tempel wurde geplündert, die Bibeln und Einrichtungsstücke verbrannt und dann, nachdem dieses Blut- und Zerstörungswerk geschehen, kehrten die Katholiken ruhig in ihre Wohnungen zurück. Mehrere Protestanten wurden in die Berge als Gefangene abgeführt.

Jena, 24. November. Am vergangenen Freitag früh hat im Rauhthale ein Pistolenduell zwischen zwei hiesigen Studenten, einem Hamburger und einem Russen, stattgefunden. Die beiden Gegner müssen sehr erbittert gewesen sein, denn die vor und während des Duells getroffenen Dispositionen lassen auf den ernstlichen Willen, den Gegner zu tödten, mit Bestimmtheit schließen. Da auf fünf Schritt Distanz geschossen wurde, ist es als ein Wunder zu betrachten, daß dem einen Duellanten nur der Arm, dem anderen der Schenkel nicht unerheblich verwundet wurde. Hier herrscht allgemeine Entrüstung gegen solchen Unfug.

Brüssel. (Zur Entschuldigung.) Während der Verhandlungen gegen den Millionendieb T'Kint wurde im Zuschauerraum ein Taschendieb auf frischer That ertappt und festgenommen. Vor den Untersuchungsrichter gebracht, entschuldigte er sein Verhalten mit folgenden Worten: „Als ich die Heldenthaten T'Kint's erzählen hörte, fühlte ich einen unwiderstehlichen Trieb, es ihm nachzumachen!"

Telegraphische Depeschen.

Wien, 28. November. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel: Mukhtar Pascha begiebt sich, bevor er den Oberbefehl über die türkischen Truppen in Epirus und Thessalien übernimmt, zunächst in einer Spezialmission der Pforte nach Athen. Dem Vernehmen nach würde diese Mission hauptsächlich darin bestehen, die griechische Regierung zur Annahme der von der Pforte offerirten Grenzgebiete in den Ejalets Janina und Trikala zu bewegen. Im Falle des Entgegenkommens soll Mukthar Pascha Vollmachten haben, Griechenland Vorschläge wegen eines eventuellen Schutz- und Trutz-Bündnisses zur gemeinsamen Abwehr europäischer Agressiv-Tendenzen zu machen.

Der russische Botschafter, Fürst Lobanow, ist gestern nach Adrianopel gereist, nachdem er vorher eine neue Reklamationsnote der Pforte wegen Nichtbeachtung des von der Pforte erlassenen Cerealien-Ausfuhrverbotes entgegengenommen hatte. Die Reise nach Adrianopel ist dem Vernehmen nach durch eine mit dem General Totleben und dem Fürsten Dondukow abzuhaltende Konferenz veranlaßt, welche in Folge neuer Instruktionen aus Livadia nothwendig wurde.

Pest, 28. November. Die ungarische Delegation nahm das ihr gleichfalls zugegangene Schreiben des Grafen Andrassy betreffend die Zurückziehung der Nachtrags-Kreditvorlage zur Kenntniß. Die Interpellation über die Verpflegung der Truppen in Bosnien wurde von dem General Maywald dahin beantwortet, daß eine ununterbrochene reichliche und gute Verpflegung durch die Vorräthe in den Hauptmagazinen von Brood, Serajewo und Metkovich sichergestellt sei.

London, 28. November. Nach einer vom indischen Kriegsschauplatze eingegangenen amtlichen Meldung ist das Gerücht verbreitet, daß der Emir in Folge von Bewegungen der persischen Truppen an der persisch-afghanischen Grenze die nach Kandahar geschickten Truppen nach Herat zurückberufen habe. Man glaubt, daß die Afghanen sich von Peiwar bis nach Hurrlab zurückgezogen haben.

London, 28. November. Das über das Verhältniß zu Afghanistan veröffentlichte Blaubuch umfaßt sämmtliche hierauf bezügliche Schriftstücke vom Jahre 1863 an, enthält aber bis auf das Schreiben des Emirs vom 6. v. Mts. nichts Wesentliches, daß nicht bereits bekannt wäre. Das Schreiben vom 6. Oktober ist die Antwort des Emirs in Betreff der beabsichtigten englischen Mission, spricht das Bedauern des Emirs darüber aus, daß England damit solche Eile habe und stellt dem das ungleich bessere Verhalten Rußlands gegenüber. Zugleich verlangt der Emir wegen seiner Trauer über den Tod seines Sohnes einen Aufschub de[r] Mission.

Petersburg, 28. November. In unterrichteten Kreisen wird erzählt, die englische Regierung habe erklärt, sie wolle Afghanistan nicht annektiren, sondern nur, wie schon Lord Beaconsfield in seiner Rede beim Lordmayor-Banket ausführte, eine Grenz-Rektifikation verlangen, welche die Zugänge nach Indien verlegt. Als solche wird bezeichnet: der Besitz von Dschellalabar, des Priwa[r]passes, des Khoorumforts und des Defilees im N[or]den Quettahs.

Konstantinopel, 28. November. Der mi[ni]sterielle „Vakit" erwähnt das Gerücht, daß die [Ka]serne Selemie in Skutiri demnächst mit engl[ischen] Truppen belegt werden solle und fügt nur [hinzu,] daß diese Nachricht bisher noch keine offiziel[le Be]stätigung erhalten habe.

Der russische Botschafter, Fürst L[obanow,] hat an Savfet die Mittheilung gemacht, d[aß Ruß]land zur Unterdrückung der bulgarischen [Insurrek]tion die sofortige Entwaffnung der Bul[garen an]ordnen werde.

Eine Gruppe in Galata ansässiger [...] hat dem Finanzminister anläßlich vorgekomme[ner, den] Kours der Kaimés drückender Manöver, [die Bil]dung einer „Ueberwachungs-Kommission" f[ür Bör]senoperationen vorgeschlagen.

Lahore, 28. November. Der Mahara[dscha] Scindia hat den lebhaften Wunsch zu erken[nen ge]geben, sich hierher zu einer persönlichen Unt[erredung] mit dem Vicekönig zu begeben. Man gla[ubt, daß] Lord Lytton diesem Wunsche des Mahar[adscha zu]stimmen werde.